29.11.2007

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4835

**Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des
Landesabfallgesetzes (ArtikelG)**

Berichterstatlerin

Abgeordnete Marie-Luise Fasse CDU

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/4835 - wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung angenommen.

Datum des Originals: 28.11.2007/Ausgegeben: 03.12.2007

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

Gesetzentwurf der Landesregierung

Beschlüsse des Ausschusses

Artikel 1

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des Landesabfallgesetzes (ArtikelG)

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des Landesabfallgesetzes (ArtikelG)

Das Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 463), wird wie folgt geändert:

1. Inhaltsübersicht

1. Unverändert

Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Nach § 2g wird folgende Angabe neu eingefügt:

„§ 2h Strategische Umweltprüfung von Maßnahmenprogrammen“

- b) Die Angabe des § 5 wird wie folgt gefasst:

„§ 5 Gewässer zweiter Ordnung und sonstige Gewässer“

- c) Die Angabe des § 34 wird wie folgt gefasst:

„§ 34 Regelung des Gemeingebrauchs sowie des Verhaltens im Uferbereich“

- d) Die Angabe des § 50a wird wie folgt gefasst:

„§ 50a Wasserversorgungsbericht“

- e) Die Angabe des § 53c wird wie folgt gefasst:

„§ 53c Umlage von Kosten der Abwasser- und Fremdwasserbeseitigung“

- f) Die Angabe des § 59a wird wie folgt gefasst:

„§ 59a Einleitungen in private Abwasseranlagen“

- g) Nach § 61 wird neu eingefügt:

„§ 61a Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen“

- h) In Abschnitt II des zehnten Teils wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„Überschwemmungsgebiete, überschwemmungsgefährdete Gebiete und Hochwasserschutzpläne“

- i) Die Angabe des § 112 wird wie folgt gefasst:

„§ 112 Festsetzung von Überschwemmungsgebieten“

- j) Die Angabe des § 113 wird wie folgt gefasst:

„§ 113 Festgesetzte Überschwemmungsgebiete“

- k) Nach Angabe zu § 113 werden folgende Angaben neu eingefügt:

„§ 113a Erhaltung von Überschwemmungsgebieten als Rückhalteflächen“

„§ 114a Überschwemmungsgefährdete Gebiete“

„§ 114b Hochwasserschutzpläne“

- „§ 114c Informationen zum Hochwasserschutz“
- „§114d Kooperation in den Flussgebieten“
2. § 1 Abs. 2 wird wie folgt gefasst: 2. Unverändert
- „(2) Von den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes mit Ausnahme des § 22 und den Bestimmungen dieses Gesetzes werden Entwässerungsgräben ausgenommen, wenn sie nicht der Vorflut der Grundstücke anderer Eigentümer dienen.“
3. In § 2 wird Absatz 1 wie folgt gefasst: 3. In § 2 wird Absatz 1 wie folgt gefasst:
- „(1) Die Gewässer sind nach den Grundsätzen und Zielen der §§ 1a, 25a bis 25d und 33a des Wasserhaushaltsgesetzes so zu bewirtschaften, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit und im Einklang mit ihm auch dem Nutzen Einzelner dienen.“
- „(1) Die Gewässer sind nach den Grundsätzen und Zielen der §§ 1a, 25a bis 25d und 33a des Wasserhaushaltsgesetzes so zu bewirtschaften, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit und im Einklang mit ihm auch dem Nutzen Einzelner dienen. Ein ordnungsgemäßer Wasserabfluss ist sicherzustellen.“
4. In § 2d wird Absatz 7 aufgehoben. 4. Unverändert
5. In § 2e Abs. 2 wird die Angabe „2g“ durch die Angabe „2h“ ersetzt. 5. Unverändert
6. In § 2g Abs. 1 werden die Wörter „für die Erarbeitung und Aufstellung der Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne“ gestrichen. 6. Unverändert
7. Nach § 2g wird folgender § 2h eingefügt: 7. Unverändert
- „§ 2h
Strategische Umweltprüfung von Maßnahmenprogrammen
(zu § 36 Abs. 7 Satz 3 WHG)
- (1) Für das Maßnahmenprogramm nach § 2d Abs. 1 hat die oberste Wasserbehörde nach § 14b Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Anlage 3 Nr. 1.4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine Strategische Umweltprüfung durchzuführen. Die oberste Wasserbehör-

de legt den Untersuchungsrahmen fest, erstellt den Umweltbericht und beteiligt die betroffenen Behörden. Der Umweltbericht kann auf Angaben im Bewirtschaftungsplan verweisen. §§ 14a, 14d Abs. 1 und 14f bis 14h UVPG gelten entsprechend.

(2) Für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung gilt § 14i in Verbindung mit § 9 Abs.1 UVPG sowie § 14j Abs. 2 in Verbindung mit § 9a Abs. 1 und 2 UVPG entsprechend. Die Öffentlichkeitsbeteiligung nach Satz 1 soll mit der Einbeziehung der Öffentlichkeit zum Bewirtschaftungsplan nach § 2g verbunden werden.

(3) Der Umweltbericht ist entsprechend § 14k UVPG zu überprüfen. Für die Veröffentlichung des Maßnahmenprogramms gilt § 14l Abs. 2 Nr. 2 und 3 UVPG entsprechend; für seine Überwachung durch die zuständige Behörde gilt § 14m UVPG entsprechend.“

8. § 3 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 werden hinter der Textstelle „§ 3“ die Wörter „unter Buchstabe A“ eingefügt.

b) Die Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

„2. Gewässer zweiter Ordnung: die in der Anlage 2 zu § 3 unter Buchstabe B aufgeführten Gewässer;“

c) Nach Nr. 2 wird folgende Nr. 3 angefügt:

„3. Sonstige Gewässer.“

8. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Nr. 1 werden hinter der Textstelle „§ 3“ die Wörter „unter Buchstabe A“ eingefügt.

b) unverändert

c) unverändert

d) - neu -
Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Anlagen zur Ableitung von Abwasser und gesammelten Niederschlagswasser sowie zur Straßenentwässerung gewidmete Seitengräben (Straßenseitengräben) sind nicht Gewässer.“

9. § 5 wird wie folgt geändert: a) In der Überschrift werden nach den Wörtern „Gewässer zweiter Ordnung“ die Wörter „und sonstige Gewässer“ angefügt. b) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „Gewässer zweiter Ordnung“ die Wörter „oder ein sonstiges Gewässer“ eingefügt.	9. Unverändert
10. In § 7 Abs. 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „an Gewässern zweiter Ordnung“ die Wörter „oder an sonstigen Gewässern“ eingefügt.	10. Unverändert
11. In § 9 Abs. 3 und 4 werden jeweils nach den Wörtern „an Gewässern zweiter Ordnung“ die Wörter „oder an sonstigen Gewässern“ eingefügt.	11. Unverändert
12. § 11 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach den Wörtern „ein Gewässer zweiter Ordnung“ die Wörter „oder ein sonstiges Gewässer“ eingefügt. b) In den Absätzen 5 und 6 werden jeweils nach den Wörtern „einem Gewässer zweiter Ordnung“ die Wörter „oder einem sonstigen Gewässer“ eingefügt.	12. Unverändert
13. § 14 wird wie folgt geändert: a) Absatz 3 wird aufgehoben. b) Die Absätze 4 und 5 werden zu Absätzen 3 und 4.	13. Unverändert
14. § 18 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird aufgehoben. b) Die Absätze 2 und 3 werden zu Absätzen 1 und 2. c) Absatz 1 (neu) wird wie folgt geändert: aa) In Satz 1 werden die Wör-	14. Unverändert

<p>ter „im Sinne des Absatzes 1“ ersetzt durch die Wörter „nach §§ 19a und 19g des Wasserhaushaltsgesetzes“.</p> <p>bb) In Satz 2 Nrn. 1, 2 und 4 werden jeweils die Wörter „im Sinne des Absatzes 1“ gestrichen.</p> <p>d) In Absatz 2 (neu) werden die Wörter „im Sinne des Absatzes 1“ gestrichen.</p>	<p>ter „im Sinne des Absatzes 1“ ersetzt durch die Wörter „nach §§ 19a und 19g des Wasserhaushaltsgesetzes“.</p> <p>bb) In Satz 2 Nrn. 1, 2 und 4 werden jeweils die Wörter „im Sinne des Absatzes 1“ gestrichen.</p> <p>d) In Absatz 2 (neu) werden die Wörter „im Sinne des Absatzes 1“ gestrichen.</p>
<p>15. In § 19a Absatz 1 Satz 4 wird das Wort „soll“ durch das Wort „muss“ ersetzt.</p>	<p>15. Unverändert</p>
<p>16. In § 25a Abs. 1 wird Satz 4 aufgehoben.</p>	<p>16. Unverändert</p>
<p>17. § 30 wird aufgehoben.</p>	<p>17. Unverändert</p>
<p>18. § 31a wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 31a Nutzung der Wasserkraft</p> <p>(1) Die Zulassung von Benutzungen und der Gewässerausbau zum Zweck der Energieerzeugung durch Wasserkraft haben sich an den Bewirtschaftungszielen nach § 2 sowie den Vorgaben des Maßnahmenprogramms nach § 2d auszurichten. Dabei sind nach § 1a Abs. 1 Satz 3, 2. Halbsatz des Wasserhaushaltsgesetzes die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Gewässerökologie zu berücksichtigen.</p> <p>(2) In der Regel stehen überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit im Sinne von § 31 Abs. 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes der Verpflichtung zum Rückbau eines ausgebauten Gewässers in einen naturnahen Zustand entgegen, wenn eine Wasserkraftnutzung vorhanden ist.</p> <p>(3) Für eine Benutzung zum Zweck der Energieerzeugung durch Wasserkraft kann eine gehobene Erlaubnis nach § 25a erteilt werden. Bei</p>	<p>18. § 31a wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 31a Nutzung der Wasserkraft</p> <p>(1) Die Zulassung von Benutzungen und der Gewässerausbau zum Zweck der Energieerzeugung durch Wasserkraft haben sich an den Bewirtschaftungszielen nach § 2 sowie den Vorgaben des Maßnahmenprogramms nach § 2d auszurichten. Dabei sind nach § 1a Abs. 1 Satz 3, 2. Halbsatz des Wasserhaushaltsgesetzes die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Gewässerökologie zu berücksichtigen.</p> <p>(2) In der Regel stehen überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit im Sinne von § 31 Abs. 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes der Verpflichtung zum Rückbau eines ausgebauten Gewässers in einen naturnahen Zustand entgegen, wenn eine Wasserkraftnutzung vorhanden ist.</p> <p>(3) Für eine Benutzung zum Zweck der Energieerzeugung durch Wasserkraft kann eine gehobene Erlaubnis nach § 25a erteilt werden. Bei der Befristung</p>

<p>der Befristung der Erlaubnis ist das Interesse des Betreibers an einer zeitlich angemessenen Nutzung der Wasserkraftanlage zu berücksichtigen.</p> <p>(4) Bestehende Rechte zur Benutzung eines Gewässers zum Zweck der Energieerzeugung durch Betrieb einer Wasserkraftanlage berechtigen dazu, diese Anlagen zu betreiben, soweit hierdurch nicht der Zustand des Gewässers zusätzlich beeinträchtigt wird. Das Vorhaben ist der Wasserbehörde anzuzeigen.“</p> <p>19. § 33 wird wie folgt geändert:</p> <p style="margin-left: 20px;">a) Absatz 3 wird aufgehoben.</p> <p style="margin-left: 20px;">b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.</p> <p>20. § 34 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 34 Regelung des Gemeingebrauchs sowie des Verhaltens im Uferbereich (Zu § 23 WHG)</p> <p>Die zuständige Behörde kann, auch durch ordnungsbehördliche Verordnung,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. bei künstlichen Gewässern und Talsperren bestimmen, ob und in welchem Umfang der Gemeingebrauch an ihnen zulässig ist und die Ausübung des Gemeingebrauchs sowie das Verhalten im Uferbereich regeln und 2. bei anderen Gewässern die Ausübung des Gemeingebrauchs regeln, beschränken oder verbieten und das Verhalten im Uferbereich regeln, <p>um aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit zu verhindern, dass andere beeinträchtigt, die Eigenschaften des Wassers nachteilig verändert, die Wasserführung wesentlich vermindert werden oder dass eine</p>	<p>der Erlaubnis ist das Interesse des Betreibers an einer zeitlich angemessenen Nutzung der Wasserkraftanlage zu berücksichtigen. <u>Die Erlaubnis ist mindestens für 25 Jahre, längstens für 40 Jahre zu erteilen.</u></p> <p>(4) Bestehende Rechte zur Benutzung eines Gewässers zum Zweck der Energieerzeugung durch Betrieb einer Wasserkraftanlage berechtigen dazu, diese Anlagen zu betreiben, soweit hierdurch nicht der Zustand des Gewässers zusätzlich beeinträchtigt wird. Das Vorhaben ist der Wasserbehörde anzuzeigen.“</p> <p>19. Unverändert</p> <p>20. Unverändert</p>
--	---

erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Bildes der Gewässerlandschaft eintritt. Das gleiche gilt, wenn die öffentliche Trinkwasserversorgung beeinträchtigt wird. Bei künstlichen Gewässern und Talsperren erfolgt die Bestimmung im Einvernehmen mit dem Gewässereigentümer und den zur Benutzung des Gewässers Berechtigten.“

21. § 36 wird wie folgt gefasst

„§ 36
Benutzung zu Zwecken der Fischerei
(Zu § 25 WHG)

Das Einbringen von Fischnahrung und Fischereigeräten in oberirdische Gewässer bedarf keiner Erlaubnis, soweit dadurch nicht das Gewässer in seinem Zustand nachteilig verändert wird.“

22. Nach § 43 wird folgender § 44 (neu) eingefügt:

„§ 44
Zulassung von Erdwärmepumpen im vereinfachten Verfahren

(1) Für das Entnehmen, Zutageleiten, Zutagefördern oder Ableiten von oberflächennahem Grundwasser oder eine Benutzung des Grundwassers nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 WHG für thermische Nutzungen bis einschließlich 50 kJ/s und Wiedereinleiten des in seiner Beschaffenheit nicht weiter veränderten Wassers in das oberflächennahe Grundwasser gilt die Erlaubnis für 15 Jahre als erteilt, wenn die zuständige Behörde sie nicht binnen drei Monate nach Eingang des Antrags versagt. Es gelten die Anforderungen des § 2 dieses Gesetzes. Teilt die zuständige Behörde schon vor Ablauf der Frist mit, dass gegen die mit dem Antrag angestrebten Benutzungen keine Bedenken bestehen, gilt die Erlaubnis bereits mit Zugang dieser

21. Unverändert

22. Nach § 43 wird folgender § 44 (neu) eingefügt:

„§ 44
Zulassung von Erdwärmepumpen im vereinfachten Verfahren

"(1) Für das Entnehmen, Zutage leiten, Zutage fördern oder Ableiten von oberflächennahem Grundwasser oder eine Benutzung des Grundwassers nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 WHG für thermische Nutzungen bis einschließlich 50 kJ/s und Wiedereinleiten des in seiner Beschaffenheit nicht weiter veränderten Wassers in das oberflächennahe Grundwasser gilt die Erlaubnis für 25 Jahre als erteilt, wenn die zuständige Behörde sie nicht binnen drei Monaten nach Eingang des Antrags versagt. Anstelle der Versagung kann die zuständige Behörde eine Erlaubnis erteilen und hierin Nebenbestimmungen nach § 24 Abs. 2 aufnehmen.

Mitteilung als erteilt.

(2) Der Antrag hat den Nachweis eines Sachverständigen über die Allgemeinwohlverträglichkeit der Benutzung sowie über die ordnungsgemäße Errichtung der ihr dienenden Anlagen zu enthalten. Die oberste Wasserbehörde ist ermächtigt, durch Verwaltungsvorschrift Anforderungen an den Sachverständigen festzulegen.

(3) Absatz 1 gilt nicht in Gebieten nach § 19 WHG, §§ 14, 15 und 16 dieses Gesetzes.

(2) Dem Antrag sind Bescheinigungen eines qualifizierten Unternehmens über die Auswirkungen der Benutzung sowie über die ordnungsgemäße Errichtung der ihr dienenden Anlagen beizufügen. Die oberste Wasserbehörde ist ermächtigt, durch Verwaltungsvorschrift Anforderungen an die Qualifikation des Unternehmens und der vorzulegenden Unterlagen festzulegen.

(3) Absatz 1 gilt nicht in Gebieten nach § 19 WHG, §§ 14, 15 und 16 dieses Gesetzes."

23. 47 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

23. Unverändert

a) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Zwischen der Nr. 3 und Nr. 4 wird das Wort „und“ eingefügt.

bb) Am Ende von Nr. 4 wird das Komma durch einen Punkt ersetzt.

cc) Nach Nr. 4 werden das Wort „und“ und die nachfolgende Nr. 5 aufgehoben.

b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Liegen Erkenntnisse aus der amtlichen Überwachung nach § 116, einem amtlichen Überwachungsprogramm oder der Selbstüberwachung nach § 50 darüber vor, dass bezogen auf bestimmte Inhaltsstoffe und Eigenschaften des entnommenen Wassers (Rohwassers) eine ordnungsgemäße Beschaffenheit des Trinkwassers auf Dauer nicht sichergestellt werden kann, ist nachzuweisen, dass unter Berücksichtigung der für das Wassereinzugsgebiet vorhandenen Schutzauflagen und der Aufbereitungsanlagen gemäß § 48 keine Beeinträchtigung der Anforderungen nach Satz 1 Nr. 2 zu besorgen ist.“

- c) Satz 3 wird aufgehoben
24. In § 47a wird Absatz 2 aufgehoben. 24. Unverändert
25. In § 48 Abs. 2 wird Satz 2 aufgehoben. 25. Unverändert
26. § 50 wird wie folgt geändert: 26. Unverändert
- a) In Absatz 1 werden die Sätze 3 und 4 wie folgt gefasst:
- „Die Untersuchungsergebnisse nach Satz 1 sind der zuständigen Behörde vorzulegen. Werden im Rahmen der Untersuchungen nach Satz 1 Feststellungen zu nachteiligen Auswirkungen der Wasserentnahme auf das Gewässer bekannt, sind diese der zuständigen Behörde mitzuteilen.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nr. 2 wird das Komma am Ende des Satzes durch einen Punkt ersetzt.
- bb) Die Nr. 3 wird gestrichen.
27. § 50a wird wie folgt geändert: 27. Unverändert
- a) In der Überschrift wird die Angabe „Wasserversorgungskonzept“ ersetzt durch die Angabe „Wasserversorgungsbericht“.
- b) In Absatz 1 Satz 2 wird der Text bis zur Aufzählung wie folgt gefasst:
- „Hierzu ist ein Bericht über die öffentliche Wasserversorgung und die künftigen Entwicklungsziele für diesen Bereich (Wasserversorgungsbericht) zu erarbeiten, der folgendes beinhaltet:“
- c) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Aufstellung“ durch das Wort „Erarbeitung“ ersetzt.

d) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Der Wasserversorgungsbericht wird von der obersten Wasserbehörde im Einvernehmen mit den betroffenen obersten Landesbehörden unter Beachtung der Ziele der Raumordnung erarbeitet. Der Wasserversorgungsbericht wird dem für Umweltschutz zuständigen Ausschuss des Landtages im Laufe einer Wahlperiode vorgelegt.“

e) Absatz 4 wird aufgehoben.

28. § 53 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Nr. 6 wird aufgehoben.

bb) Die bisherige Nr. 7 wird Nr. 6.

b) Absatz 1a wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „Absatz 1 Nr. 7“ durch die Angabe „Absatz 1 Nr. 6“ ersetzt.

bb) Nach Satz 6 wird folgender Satz 7 angefügt:

„Wird das Abwasserbeseitigungskonzept innerhalb einer Frist von sechs Monaten nicht beanstandet, kann die Gemeinde davon ausgehen, dass mit der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen in dem dafür von der Gemeinde vorgesehenen zeitlichen Rahmen die Aufgaben nach § 53 LWG ordnungsgemäß erfüllt werden.“

28. § 53 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Nr. 6 wird nicht aufgehoben.

bb) Die bisherige Nr. 7 bleibt Nr. 7.

b) Absatz 1a wird wie folgt geändert:

aa) unverändert

bb) Nach Satz 6 wird folgender Satz 7 angefügt:

„Das Abwasserbeseitigungskonzept ist grundsätzlich innerhalb einer Frist von drei Monaten zu prüfen; wird es nach sechs Monaten nicht beanstandet, kann die Gemeinde davon ausgehen, dass mit der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen in dem dafür von der Gemeinde vorgesehenen zeitlichen Rahmen die Aufgaben nach § 53 LWG ordnungsgemäß erfüllt werden.“

- c) Es wird folgender Abs. 1d neu eingefügt:
- "Ist die Einrichtung einer Kanalisation nicht gerechtfertigt, weil sie entweder keinen Nutzen für die Umwelt mit sich bringen würde oder mit übermäßigen Kosten verbunden wäre, so sind andere geeignete kostengünstigere gemeinsame Abwassersysteme zulässig, die das gleiche Umweltschutzniveau gewährleisten."
- c) In Absatz 3a Satz 5 wird die Angabe „des Satzes 2“ durch die Angabe „des Satzes 3“ ersetzt.
- d) - bisher c - unverändert
29. In § 53b wird die Angabe „§ 53 Abs. 1 Nr. 7“ durch die Angabe „§ 53 Abs. 1 Nr. 6“ ersetzt.
29. Unverändert
30. § 53c wird wie folgt geändert:
30. Unverändert
- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
- „Umlage von Kosten der Abwasser- und Fremdwasserbeseitigung“
- b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Zu den ansatzfähigen Kosten gehören auch
1. die Kosten der Beratung der Anschlussnehmer im Zusammenhang mit dem Anschluss ihres Grundstücks an die öffentliche Abwasser- oder Fremdwasseranlage sowie die Kosten der Unterrichtung und Beratung nach § 61a Abs. 5 Satz 4,
 2. die Kosten zur Ableitung oder Behandlung von Grund- und Drainagewasser über öffentliche Abwasser- oder Fremdwasseranlagen sowie
 3. die Kosten zur Verbesserung der Vorflut für die Zwecke der getrennten Niederschlagswasser- und Fremdwasserbeseitigung.“

31. § 58 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach dem Wort „private“ die Wörter „sowie gewerbliche und dieser vergleichbaren“ eingefügt. b) In Absatz 4 wird Satz 3 wie folgt gefasst: „Sie kann auf Bauvorlagen sowie auf die Nachweise und Bescheinigungen nach Satz 1 verzichten, soweit sie zur Beurteilung nicht erforderlich sind.“	31. Unverändert
32. § 59a wird wie folgt geändert: a) In der Überschrift wird das Wort „Indirekteinleitungen“ ersetzt durch das Wort „Einleitungen“. b) In Absatz 1 wird vor dem Wort „ändern“ das Wort „wesentlich“ eingefügt. c) In Absatz 2 wird Satz 3 wie folgt gefasst: „Die Genehmigungspflicht entfällt, wenn der Betreiber gegenüber der zuständigen Behörde nachweist, dass die Einhaltung der Anforderungen durch verbindliche Regelungen mit dem Nutzungsberechtigten sichergestellt ist.“	32. Unverändert
<p>33. Nach § 61 wird folgender § 61a eingefügt:</p> <p>„§ 61a
Private Abwasseranlagen</p> <p>(1) Private Abwasseranlagen sind so anzuordnen, herzustellen und instand zu halten, dass sie betriebssicher sind und Gefahren oder unzumutbare Belästigungen nicht entstehen können. Abwasserleitungen müssen geschlossen, dicht und soweit erforderlich zum Reinigen eingerichtet sein. Niederschlagswasser kann in offenen Gerinnen abgeleitet</p>	<p>33. Nach § 61 wird folgender § 61a eingefügt:</p> <p>§ 61a
Private Abwasseranlagen</p> <p>(1) Private Abwasseranlagen sind so anzuordnen, herzustellen und instand zu halten, dass sie betriebssicher sind und Gefahren oder unzumutbare Belästigungen nicht entstehen können. Abwasserleitungen müssen geschlossen, dicht und soweit erforderlich zum Reinigen eingerichtet sein. Niederschlagswasser kann in offenen Gerinnen abgeleitet werden. Im Übrigen gilt § 57 ent-</p>

werden. Im Übrigen gilt § 57 entsprechend.

(2) Die Gemeinde ist berechtigt, die Errichtung und den Betrieb von Inspektionsöffnungen oder Einsteigeschächten mit Zugang für Personal auf privaten Grundstücken satzungsrechtlich vorzuschreiben.

(3) Im Erdreich oder unzugänglich verlegte Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser sind nach der Errichtung von Sachkundigen auf Dichtheit prüfen zu lassen. Ausgenommen sind Abwasserleitungen zur getrennten Beseitigung von Niederschlagswasser und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird. Über das Ergebnis der Dichtheitsprüfung ist eine Bescheinigung zu fertigen. Die Bescheinigung ist von dem Eigentümer des Grundstückes, in dem die Leitungen verlegt sind, aufzubewahren und der zuständigen Behörde oder der Gemeinde auf Verlangen vorzulegen. Die Dichtheitsprüfung ist in Abständen von höchstens zwanzig Jahren zu wiederholen.

(4) Bei bestehenden Abwasserleitungen muss die erste Dichtheitsprüfung gemäß Absatz 3 bei einer Änderung, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2015 durchgeführt werden.

(5) Die Gemeinde soll durch Satzung abweichende Zeiträume für die erstmalige Prüfung nach Absatz 4 Satz 1 festlegen,

1. wenn Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Abwasseranlagen in dem Abwasserbeseitigungskonzept nach § 53 Abs. 1a oder in einem gesonderten Kanalsanierungs- oder Fremdwassersanierungskonzept festgelegt sind

sprechend.

(2) Die Gemeinde ist berechtigt, die Errichtung und den Betrieb von Inspektionsöffnungen oder Einsteigeschächten mit Zugang für Personal auf privaten Grundstücken satzungsrechtlich vorzuschreiben.

(3) Der Eigentümer eines Grundstücks hat im Erdreich oder unzugänglich verlegte Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser seines Grundstücks nach der Errichtung von Sachkundigen auf Dichtheit prüfen zu lassen. Eigentümer anderer Grundstücke, in denen diese Leitungen verlaufen, haben die Prüfung der Dichtigkeit und damit einhergehende Maßnahmen zu dulden. Ausgenommen sind Abwasserleitungen zur getrennten Beseitigung von Niederschlagswasser und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird. Über das Ergebnis der Dichtheitsprüfung ist eine Bescheinigung zu fertigen. Die Bescheinigung hat der nach Satz 1 Pflichtige aufzubewahren und der Gemeinde auf Verlangen vorzulegen. Die Dichtheitsprüfung ist in Abständen von höchstens zwanzig Jahren zu wiederholen.

(4) Bei bestehenden Abwasserleitungen muss die erste Dichtheitsprüfung gemäß Absatz 3 bei einer Änderung, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2015 durchgeführt werden.

(5) Die Gemeinde soll durch Satzung abweichende Zeiträume für die erstmalige Prüfung nach Absatz 4 Satz 1 festlegen,

1. wenn Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Abwasseranlagen in dem Abwasserbeseitigungskonzept nach § 53 Abs. 1a oder in einem gesonderten Kanalsanierungs- oder Fremdwassersanierungskonzept festgelegt sind oder

oder

2. wenn die Gemeinde für abgegrenzte Teile ihres Gebietes die Kanalisation im Rahmen der Selbstüberwachungsverpflichtung nach § 61 überprüft.

Die Gemeinde muss für bestehende Abwasserleitungen durch Satzung kürzere Zeiträume für die erstmalige Prüfung nach Absatz 4 Satz 1 festlegen, wenn sich diese auf einem Grundstück in einem Wasserschutzgebiet befinden und

1. zur Fortleitung industriellen oder gewerblichen Abwassers dienen und vor dem 1. Januar 1990 errichtet wurden oder
2. zur Fortleitung häuslichen Abwassers dienen und vor dem 1. Januar 1965 errichtet wurden.

Im Falle des Satzes 2 sind bei Festlegung des Zeitraumes die Schutzziele der Wasserschutzgebietsverordnung zu berücksichtigen. Die Gemeinde ist verpflichtet, die Grundstückseigentümer über die Durchführung der Dichtheitsprüfung zu unterrichten und zu beraten.

(6) Die oberste Wasserbehörde ist ermächtigt, die Anforderungen an die Sachkunde durch Verwaltungsvorschrift festzulegen. Die Gemeinde kann bis zum Erlass der Verwaltungsvorschrift durch Satzung Anforderungen an die Sachkunde festlegen.

(7) Die Absätze 3 bis 5 gelten nicht für Abwasserleitungen, die aufgrund des § 61 Selbstüberwachungspflichten unterliegen.“

34. In § 66 wird nach Absatz 9 folgender Absatz 10 angefügt:

„(10) Aufwendungen einer Gemeinde oder eines Abwasserverbandes für Anlagen zur Behandlung von Niederschlagswasser können auch dann nach § 10 Abs. 3 des Abwasserabgabengesetzes verrechnet

2. wenn die Gemeinde für abgegrenzte Teile ihres Gebietes die Kanalisation im Rahmen der Selbstüberwachungsverpflichtung nach § 61 überprüft.

Die Gemeinde muss für bestehende Abwasserleitungen durch Satzung kürzere Zeiträume für die erstmalige Prüfung nach Absatz 4 Satz 1 festlegen, wenn sich diese auf einem Grundstück in einem Wasserschutzgebiet befinden und

1. zur Fortleitung industriellen oder gewerblichen Abwassers dienen und vor dem 1. Januar 1990 errichtet wurden oder
2. zur Fortleitung häuslichen Abwassers dienen und vor dem 1. Januar 1965 errichtet wurden.

Im Falle des Satzes 2 sind bei Festlegung des Zeitraumes die Schutzziele der Wasserschutzgebietsverordnung zu berücksichtigen. Die Gemeinde ist verpflichtet, die Grundstückseigentümer über die Durchführung der Dichtheitsprüfung zu unterrichten und zu beraten.

(6) Die oberste Wasserbehörde ist ermächtigt, die Anforderungen an die Sachkunde durch Verwaltungsvorschrift festzulegen. Die Gemeinde kann bis zum Erlass der Verwaltungsvorschrift durch Satzung Anforderungen an die Sachkunde festlegen.

(7) Die Absätze 3 bis 5 gelten nicht für Abwasserleitungen, die aufgrund des § 61 Selbstüberwachungspflichten unterliegen.“

34. In § 66 werden nach Absatz 9 folgende Absätze 10 und 11 angefügt:

„(10) Aufwendungen einer Gemeinde oder eines Abwasserverbandes für Anlagen zur Behandlung von Niederschlagswasser können auch dann nach § 10 Abs. 3 des Abwasserabgabengesetzes verrechnet werden, wenn die

werden, wenn die Gemeinde oder der Abwasserverband selbst nicht für die Einleitung des Niederschlagswassers abgabepflichtig ist, sondern eine Nachbargemeinde oder ein Dritter, dem insoweit die Abwasserbeseitigungspflicht durch wasserbehördlichen Entscheidung übertragen worden ist. Absatz 8 Satz 2 gilt entsprechend.“

Gemeinde oder der Abwasserverband selbst nicht für die Einleitung des Niederschlagswassers abgabepflichtig ist, sondern eine Nachbargemeinde oder ein Dritter, dem insoweit die Abwasserbeseitigungspflicht durch wasserbehördlichen Entscheidung übertragen worden ist. Absatz 8 Satz 2 gilt entsprechend.

(11) Einem gewerblichen Mitglied eines Abwasserverbandes, dem durch wasserbehördliche Entscheidung Abwasserbeseitigungspflichten des Verbandes oder einer Mitgliedsgemeinde zur gemeinsamen oder alleinigen Aufgabewahrnehmung übertragen worden sind, kann unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 3 und 4 des Abwasserabgabengesetzes die Aufwendungen verrechnen, die dem Abwasserverband oder der Mitgliedsgemeinde entstanden sind. Absatz 8 Satz 2 gilt entsprechend."

35. In § 69 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Bei der Prüfung der Abgabesatzermäßigung nach § 9 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 des Abwasserabgabengesetzes kann eine Verdünnung nur dann unberücksichtigt bleiben, wenn im Jahresmittel der Verdünnungsanteil die Hälfte des Abwasserabflusses bei Trockenwetter nicht übersteigt. Wird dieser Verdünnungsanteil überschritten, so ist der Entscheidung über die Ermäßigung ein höherer Anforderungswert zugrunde zu legen, wenn dieser ohne eine Verdünnung zu erwarten wäre. Der Wert ist von der für die Festsetzung der Abwasserabgabe zuständigen Behörde auf der Grundlage des Verdünnungsanteils und der Ablaufkonzentration des Gesamtabwassers zu schätzen. Der Abgabepflichtige hat den Fremdwasseranteil spätestens drei Monate nach Ablauf des Veranlagungsjahres in Vomhundert zu erklären und die für die Schätzung nach Satz 3 erforderlichen Daten, Aufzeichnungen und Messergebnisse vorzulegen.“

35. In § 69 wird Absatz 8 gestrichen.

36. In § 73 Abs. 4 wird die Angabe „30. Juni“ durch die Angabe „31. Dezember“ ersetzt.	36. Unverändert
37. In § 78 Abs. 1 wird das Wort „Zustellung“ durch das Wort „Bekanntgabe“ ersetzt.	37. Unverändert
38. In § 85 Nr. 1 Buchstabe i) wird nach der Angabe „236 Abs. 1 und 2, jedoch ohne Nr. 2b“ die Angabe „§ 237 Abs. 1, 2 und 4“ eingefügt.	38. Unverändert
39. In § 87 Abs. 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „in fließenden Gewässern zweiter Ordnung“ die Wörter „oder in sonstigen fließenden Gewässern“ eingefügt.	39. Unverändert
<u>40.</u> § 90a wird wie folgt geändert: a) In Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „bei Gewässern zweiter Ordnung“ die Wörter „und bei sonstigen Gewässern“ eingefügt. b) In Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 wird das Wort „chemisch“ gestrichen. c) In Absatz 3 Satz 1 wird die Nr. 4 wie folgt gefasst: „4. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, ausgenommen der Transport auf Verkehrswegen und der Einsatz von Düngemitteln und der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in und im Zusammenhang mit	<p>40. - neu -
In § 90 <u>werden die Sätze 1 und 2 wie folgt gefasst:</u>   <u>"Die Gewässerunterhaltung nach § 28 WHG umfasst die Sicherung des ordnungsgemäßen Wasserabflusses sowie die freie Haltung und den Schutz des Gewässerbettes einschließlich der Ufer. Ufer sind vor Abbrüchen zu schützen; bei Uferabbrüchen soll der ursprüngliche Zustand unter Beachtung der Ziele des § 2 wiederhergestellt werden."</u>   41. - bisher 40. -
unverändert</p>

zugelassenen Anlagen, soweit er erforderlich ist.“

<u>41.</u> In § 90b Abs. 2 werden nach den Wörtern „die Gewässer zweiter Ordnung“ die Wörter „und die sonstigen Gewässer“ eingefügt.	<p><u>42.</u> - bisher 41. -
unverändert</p>
<u>42.</u> § 91 Absatz 1 wird wie folgt geändert: a) Satz 1 Nr. 1 wird wie folgt gefasst: "1. Bei Gewässern erster Ordnung dem Eigentümer, soweit der Eigentümer nicht eine natürliche Person ist. In diesen Fällen obliegt die Gewässerunterhaltung dem Land.“ b) In Satz 1 Nr. 2. wird nach den Wörtern „bei Gewässern zweiter Ordnung“ die Wörter „und bei sonstigen Gewässern“ eingefügt. c) In Satz 2 wird nach den Wörtern „von Gewässern zweiter Ordnung“ die Wörter „und von sonstigen Gewässern“ eingefügt.	<p><u>43.</u> - bisher 42. -
unverändert</p>
<u>43.</u> In § 92 werden in Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 jeweils nach den Wörtern „der Gewässer zweiter Ordnung“ die Wörter „und der sonstigen Gewässer“ eingefügt.	<p><u>44.</u> - bisher 43 -
unverändert</p>
<u>44.</u> In § 97 Abs. 6 Satz 2 werden nach den Wörtern „An fließenden Gewässern zweiter Ordnung“ die Wörter „und an sonstigen fließenden Gewässern“ eingefügt:	<p><u>45.</u> - bisher 44. -
unverändert</p>
<p><u>45.</u> § 99 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="padding-left: 40px;">„Ausgenommen sind</p> <p style="padding-left: 80px;">1. Anlagen, die der Unterhaltung des Gewässers dienen,
2. Anlagen, die einer anderen behördlichen Zulassung auf</p>	<p><u>46.</u> - bisher 45. -
unverändert</p>

Grund des Wasserhaushaltsgesetzes oder dieses Gesetzes, in der die Belange des Absatzes 2 berücksichtigt werden, bedürfen oder in einem bergrechtlichen Betriebsplan zugelassen werden,

3. Häfen, Werften, Lande- und Umschlagstellen, die einer Zulassung nach anderen Vorschriften bedürfen, in der die Belange des Absatzes 2 berücksichtigt werden,
4. Anlagen, an den in der Anlage zu § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 unter A. Abschnitt II Nummern 1, 3, 4 mit Ausnahme des Griethauser Altrheins, 5 und 7 genannten Bundeswasserstraßen und an Stichhäfen an allen in dieser Anlage genannten Gewässern,
5. Anlagen, die einer Gewässerbenutzung nach § 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, insbesondere der Wasserkraftnutzung dienen.“

b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „für die Genehmigung“ gestrichen.

c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die oberste Wasserbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass Anlagen von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung von der Genehmigung freigestellt oder lediglich anzuzeigen sind.“

46. In § 105 wird Absatz 1 Satz 2 aufgehoben.

47. - bisher 46. - unverändert

47. § 108 wird wie folgt geändert:

48. - bisher 47. - unverändert

a) In § 108 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Entspricht der Deich nicht mehr den allgemein anerkannten Regeln der Technik, kann die zu-

ständige Behörde den Unterhaltungspflichtigen verpflichten, den Deich nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu sanieren, wenn es das Wohl der Allgemeinheit erfordert.“

- b) § 108 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„(3) Ist ein Deich ganz oder teilweise verfallen, durch Naturgewalt oder fremdes Eingreifen zerstört, so kann die zuständige Behörde den Unterhaltungspflichtigen verpflichten, den Deich nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik wiederherzustellen, wenn das Wohl der Allgemeinheit es erfordert.“

48. Die Überschrift in Abschnitt II wird wie folgt gefasst:

„Überschwemmungsgebiete, überschwemmungsgefährdete Gebiete und Hochwasserschutzpläne“

49. - bisher 48. - unverändert

49. § 112 wird wie folgt gefasst:

„§ 112
Festsetzung von Überschwemmungsgebieten
(Zu § 31b Absätze 1, 2 und 5 WHG)

50. - bisher 49. - unverändert

(1) Die zuständige Behörde setzt die Überschwemmungsgebiete nach § 31b Abs. 2 Satz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes durch ordnungsbehördliche Verordnung fest. Sie beteiligt die Öffentlichkeit in entsprechender Anwendung von § 73 Absätze 2 bis 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Bei der Festsetzung ist ein Hochwasserereignis zu Grunde zu legen, mit dem statistisch einmal in hundert Jahren zu rechnen ist. Die zuständige Behörde trifft von § 113 abweichende oder weitergehende Regelungen, soweit das für die in § 31b Abs. 2 Satz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes geregelten Ziele erforderlich ist. ⁵§ 14 Abs. 3 gilt ent-

sprechend.

(2) Die oberste Wasserbehörde bestimmt die Gewässer oder Gewässerabschnitte nach § 31b Abs. 2 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes durch Verwaltungsvorschrift, die sie veröffentlicht, und passt diese bei neuen Erkenntnissen an.

(3) Die nach bisherigem Recht erlassenen ordnungsbehördlichen Verordnungen zur Festsetzung von Überschwemmungsgebieten gelten fort. Soweit getroffene Regelungen von § 113 abweichen, gilt dieser.

(4) Die zuständige Behörde legt die Karte eines Überschwemmungsgebiets nach Absatz 1 Satz 1, das bereits ermittelt, aber noch nicht festgesetzt ist, für die Dauer von zwei Wochen zur Einsicht durch jedermann öffentlich aus und weist auf die Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung hin. Sie bewahrt die Karte nach Ablauf der Auslegungsfrist zur Einsicht für jedermann auf.

(5) Werden bei der Rückgewinnung natürlicher Rückhalteflächen Anordnungen getroffen, die erhöhte Anforderungen an die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung eines Grundstücks festsetzen, hat das Land einen angemessenen Ausgleich entsprechend § 19 Abs. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 15 Abs. 3 zu zahlen, den die zuständige Behörde auf Antrag festsetzt.“

50. § 113 wird wie folgt gefasst:

„§ 113
Festgesetzte Überschwemmungsgebiete
(Zu § 31b Absätze 3 und 4 WHG)

(1) In festgesetzten Überschwemmungsgebieten und in Gebieten nach § 112 Abs. 4 sind folgende Maßnahmen genehmigungspflichtig:

1. das Erhöhen oder Vertiefen der Erdoberfläche,

51. - bisher 50. -
unverändert

2. das Errichten und Ändern von Anlagen,
3. das Lagern oder Ablagern von Stoffen,
4. das Lagern, Umschlagen, Abfüllen, Herstellen, Behandeln und jede sonstige Verwendung von wassergefährdenden Stoffen bis auf den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der guten fachlichen Praxis nach Maßgabe des landwirtschaftlichen Fachrechts.
5. die Anpflanzung von Sträuchern und Bäumen.

Satz 1 gilt nicht für Maßnahmen des Gewässerausbaus, der Gewässer- und Deichunterhaltung sowie für Handlungen, die für den Betrieb von zugelassenen Anlagen erforderlich sind. ³§ 31 Abs. 2 und § 32 Abs. 1 gelten entsprechend.

(2) Die zuständige Behörde darf die Genehmigung für Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 nur erteilen, wenn die Maßnahme

1. die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird,
2. den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,
3. den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und
4. hochwasserangepasst ausgeführt wird,

oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Auflagen oder Bedingungen ausgeglichen werden können. Die zuständige Behörde darf die Genehmigung für Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 3 nur erteilen, wenn neben den Voraussetzungen nach Satz 1 gewährleistet ist, dass die Maßnahme keine nachteiligen Auswirkungen auf den ökologischen Zustand des Gewässers besorgen lässt. Die zuständige Behörde darf

die Genehmigung für Maßnahmen nach Absatz 1 Nr. 4 nur erteilen, wenn die Voraussetzungen nach Satz 1 vorliegen und die Anlage keine nachteiligen Auswirkungen auf die Gewässergüte besorgen lässt und gewährleistet ist, dass die Anlage hochwassersicher errichtet und betrieben wird. Ist eine baurechtliche oder wasserrechtliche Zulassung, bei deren Erteilung auch die Genehmigungsvoraussetzungen nach Absatz 2 geprüft werden, zu erteilen, so entfällt die Genehmigungspflicht nach Absatz 1. Über die Voraussetzungen nach Absatz 2 ist im baurechtlichen oder wasserrechtlichen Verfahren im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde zu entscheiden. Die Befreiung kann aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit mit Nebenbestimmungen versehen werden. Der Vorhabensträger hat die Voraussetzung für eine Genehmigung nachzuweisen.

(3) Kann der Verlust an verloren gehendem Rückhalteraum nach Absatz 2 Nr. 1 nicht ausgeglichen werden, so kann die zuständige Behörde anstelle eines Ausgleichs ein Ersatzgeld verlangen. Das Ersatzgeld bemisst sich nach den Gesamtkosten der unterbliebenen Ausgleichsmaßnahme und ist an die zuständige Behörde zu entrichten. Das Ersatzgeld ist spätestens fünf Jahre nach der Entrichtung zweckgebunden für Maßnahmen zu verwenden, mit denen die natürliche Rückhaltung im Gewässer verbessert wird.

(4) In festgesetzten Überschwemmungsgebieten und in Gebieten nach § 112 Abs. 4 dürfen neue Baugebiete in einem Verfahren nach dem Baugesetzbuch nicht ausgewiesen werden; ausgenommen sind Bauleitpläne für Häfen und Werften. Die zuständige Behörde kann die Ausweisung neuer Baugebiete ausnahmsweise zulassen, wenn

1. keine anderen Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen

- oder geschaffen werden können,
2. das neu auszuweisende Gebiet unmittelbar an ein bestehendes Baugebiet angrenzt,
 3. eine Gefährdung von Leben, erhebliche Gesundheits- oder Sachschäden nicht zu erwarten sind,
 4. der Hochwasserabfluss und die Höhe des Wasserstandes nicht nachteilig beeinflusst werden,
 5. die Hochwasserrückhaltung nicht beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,
 6. der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird,
 7. keine nachteiligen Auswirkungen auf Oberlieger und Unterlieger zu erwarten sind,
 8. die Belange der Hochwasservorsorge beachtet sind und
 9. die Bauvorhaben so errichtet werden, dass bei dem Bemessungshochwasser, das der Festsetzung des Überschwemmungsgebietes zugrunde gelegt wurde, keine baulichen Schäden zu erwarten sind.

(5) In festgesetzten Überschwemmungsgebieten und in Gebieten nach § 112 Abs. 4 sind

1. Ölheizungsanlagen hochwassersicher zu errichten und zu betreiben,
2. Anlagen zur Wasserversorgung entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik hochwassersicher zu errichten und zu betreiben, so dass die Anforderungen der Trinkwasserverordnung gesichert eingehalten werden,
3. Anlagen zur Abwasserbeseitigung entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik hochwassersicher zu errichten und zu betreiben,
4. vorhandene Ölheizungsanlagen bis zum 31.12.2021 und vorhandene Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseiti-

gung bis zum 31.12.2016 entsprechend nachzurüsten.

(6) Der Umbruch von Grünland in Ackerland ist in festgesetzten Überschwemmungsgebieten und in Gebieten nach § 112 Abs. 4 verboten. Die zuständige Behörde kann von einem Verbot nach Satz 1 eine widerrufliche Befreiung erteilen, wenn

1. der bezweckte Schutz durch die Maßnahme nicht gefährdet wird oder
2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führt.

Bei einer Befreiung nach Satz 1 Nr. 2 ist durch Nebenbestimmungen sicherzustellen, dass die Auswirkungen auf die Gewässergüte so weit möglich vermieden werden. Die Befreiung kann aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit mit Nebenbestimmungen versehen werden.

(7) Juristische Personen des öffentlichen Rechts haben bei eigenen Maßnahmen und Planungen die Absätze 1 bis 6 auch ohne Festsetzung zu beachten. Das gilt nicht für im Zusammenhang bebaute Ortsteile im Sinne von § 34 des Baugesetzbuches.“

51. Nach § 113 wird folgender § 113a eingefügt:

„§ 113a
Erhaltung von Überschwemmungsgebieten als Rückhaltflächen
(Zu § 31b Abs. 6 WHG

Überschwemmungsgebiete nach § 112 und nicht festgesetzte Überschwemmungsgebiete sind in ihrer Funktion als Rückhalteflächen zu erhalten; soweit dem überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit entgegenstehen, sind rechtzeitig die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zu treffen. Frühere Überschwemmungsgebiete, die als Rückhalteflächen geeignet sind, sollen so weit wie möglich wieder hergestellt wer-

52. - bisher 51. - unverändert

den, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit nicht entgegenstehen.“

52. § 114 wird wie folgt gefasst:

53. - bisher 52. -
unverändert

„§ 114
Zusätzliche Maßnahmen
(Zu § 31b WHG)

(1) Um die Ziele des § 31b Abs. 2 und 6 des Wasserhaushaltsgesetzes zu erreichen, kann die zuständige Behörde im Überschwemmungsgebiet, auch wenn es noch nicht festgesetzt ist,

1. Ver- und Gebote, Genehmigungsvorbehalte und Anzeigepflichten regeln,
2. Anordnungen, insbesondere Regelungen zur Nutzung von Flächen im Überschwemmungsgebiet treffen, um nachteilige Veränderungen des Gewässers durch Überschwemmung der Flächen zu vermeiden.

(2) Die zuständige Behörde kann von einem Verbot nach Absatz 1 eine widerrufliche Befreiung erteilen, wenn

1. der bezweckte Schutz durch die Maßnahme nicht gefährdet wird,
2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahme erfordern,
3. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führt oder
4. für die Maßnahme ein Baurecht besteht.

Wird eine Befreiung erteilt, sind die nach § 31b Abs. 6 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes notwendigen Ausgleichsmaßnahmen gleichzeitig mit der Maßnahme zu treffen. Die Befreiung kann aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit mit Nebenbestimmungen versehen werden, insbesondere um die in § 31b Abs. 2 Satz 6 des Wasserhaushaltsgesetzes genannten Ziele zu erreichen. ⁴§ 31 Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) Führt eine Anordnung nach Absatz 1 zu einer unbilligen Härte und wird eine Befreiung nicht erteilt, ist eine Entschädigung zu leisten.“

53. Nach § 114 werden folgende §§ 114a bis 114d eingefügt:

54. - bisher 53. -
unverändert

„§ 114a
Überschwemmungsgefährdete Gebiete
(Zu § 31c WHG)

(1) Die zuständige Behörde ermittelt die überschwemmungsgefährdeten Gebiete im Sinne von § 31c Abs. 1 Satz 1 des Wasserhaushaltgesetzes, in denen durch Überschwemmungen erhebliche Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit entstehen können, legt die Karten für die Dauer von zwei Wochen zur Einsicht durch jedermann öffentlich aus und weist auf die Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung hin. Sie bewahrt die Karten nach Ablauf der Auslegungsfrist zur Einsicht für jedermann auf.

(2) Soweit erforderlich, kann die zuständige Behörde in überschwemmungsgefährdeten Gebieten nach Absatz 1 Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung von erheblichen Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit durch Hochwasser im Fall einer Überschwemmung im Einzelfall oder allgemein durch ordnungsbehördliche Verordnung anordnen.

§ 114b
Hochwasserschutzpläne
(zu § 31d WHG)

(1) Die zuständige Behörde stellt Hochwasserschutzpläne nach § 31d des Wasserhaushaltgesetzes auf und aktualisiert sie, soweit dies erforderlich ist. Sie legt die Hochwasserschutzpläne für die Dauer von zwei Wochen zur Einsicht durch jedermann öffentlich aus, weist auf die Auslegung durch öffentliche Be-

kanntmachung hin und bewahrt die Karten nach Ablauf der Auslegungsfrist zur Einsicht für jedermann auf.

(2) Im Verfahren nach Absatz 1 hat die zuständige Behörde eine Strategische Umweltprüfung nach §§ 14f bis 14k des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen und die erheblichen Umweltauswirkungen, die sich aus der Durchführung der Hochwasserschutzpläne ergeben, nach § 14m Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu überwachen. Bei der Auslegung nach Absatz 1 ist § 14l Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu beachten.

§ 114c

Informationen zum Hochwasserschutz
(zu § 31a Abs. 3 WHG)

Die oberste Wasserbehörde regelt durch Verwaltungsvorschrift das Melde- und Warnsystem zum Schutz der Bevölkerung, von Industrie und Gewerbe.

§ 114d

Kooperation in den Flussgebieten
(zu § 32 WHG)

Beim Hochwasserschutz arbeiten die in einer Flussgebietseinheit betroffenen Länder und Staaten zusammen.“

54. In § 116 Abs. 3 wird die Angabe „ §§ 81 Abs. 1 Sätze 1 und 2 und 82 Abs. 1 Sätze 1 und 2“ durch die Angabe „§§ 81 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und 82 Abs. 1 Sätze 1 und 2“ ersetzt.

55. - bisher 54. -
unverändert

55. In § 121 Abs. 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „Die fließenden Gewässer zweiter Ordnung“ die Wörter „ und die sonstigen fließenden Gewässer“ eingefügt.

56. - bisher 55. -
unverändert

56. § 161 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 2 werden nach § 114 die Worte „Abs. 1 und 2“ gestrichen.
- b) In Nr. 4 wird nach „§ 18 Abs. 1“ „oder 2“ gestrichen
- c) In Nr. 5 wird „§ 18 Abs. 3 Satz 1“ in „§18 Abs. 2“ geändert.

d) Nach Nr. 14 wird folgende Nr. 14a eingefügt:

„14a. Abwasserleitungen nicht in der nach § 61a Abs. 4 oder in einer Satzung nach § 61a Abs. 5 festgelegten Frist auf Dichtigkeit prüfen lässt,“

e) Nr. 17 wird wie folgt gefasst:

„entgegen § 99 Abs. 1 Anlagen in oder an Gewässern ohne Genehmigung errichtet oder wesentlich verändert, sofern sie nicht durch Regelung nach Absatz 4 freigestellt sind, oder einer mit einer solchen Genehmigung verbundenen vollziehbaren Auflage nach § 99 Abs. 2 Satz 1 zuwiderhandelt.“

f) In Nr. 18 werden nach dem Wort „Unterhaltung“ die Wörter „und Sanierung“ eingefügt.

g) Nr. 19 wird wie folgt gefasst:

„ohne Genehmigung nach § 113 Abs. 2 die Erdoberfläche vertieft oder erhöht, Anlagen errichtet oder ändert, Stoffe lagert oder ablagert, wassergefährdende

57. - bisher 56. -

§ 161 wird wie folgt geändert:

- a) unverändert
- b) unverändert
- c) unverändert
- d) - neu -

Nr. 12a wie folgt gefasst:

„12a entgegen § 57 Abs. 3 seiner Verpflichtung hinsichtlich der Unterhaltung und des Personals nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt.“

e) - bisher d) unverändert

f) - bisher e) unverändert

g) - bisher f) unverändert

h) - bisher g) unverändert

Stoffe bis auf Dünge- und Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der guten fachlichen Praxis nach Maßgabe des landwirtschaftlichen Fachrechts lagert, umschlägt, abfüllt, herstellt, behandelt oder sonstig verwendet oder Sträucher und Bäume anpflanzt,“

h) Nach Nr. 19 werden folgende Nrn. 20 bis 22 angefügt:

- „20. ohne Ausnahmegenehmigung nach § 113 Abs. 4 Satz 2 neue Baugebiete in einem Verfahren nach dem Baugesetzbuch ausweist, ausgenommen Bauleitpläne für Häfen und Werften,
21. Ölheizungsanlagen, Anlagen zur Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung nicht hochwassersicher entsprechend den Anforderungen des § 113 Abs. 5 Nr. 1 bis 3 errichtet und betreibt oder in den Fristen des § 113 Abs. 5 Nr. 4 nicht nachrüstet,
22. Grünland in Ackerland im festgesetzten Überschwemmungsgebiet oder in Gebieten nach § 112 Abs. 4 ohne Befreiung nach § 113 Abs. 6 Satz 2 umbricht.“

i) - bisher h)
unverändert

57. Die Anlage 2 zu § 3 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Vor der Textstelle „Gewässer erster Ordnung“ wird der Buchstabe „A“ eingefügt.
- b) Nach Nummer II wird hinter den Wörtern „in Nordrhein-Westfalen liegenden Strecken“ ein neuer Absatz gebildet und folgendes neu angefügt:

„B Gewässer zweiter Ordnung
Agger
Berkel
Ems, soweit nicht Gewässer ers-

58. - bisher 57. -
Die Anlage 2 zu § 3 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

- a) unverändert
- b) Nach Nummer II wird hinter den Wörtern „in Nordrhein-Westfalen liegenden Strecken“ ein neuer Absatz gebildet und folgendes neu angefügt:

B Gewässer zweiter Ordnung
Agger
Ems, soweit nicht Gewässer erster Ordnung

ter Ordnung
 Emscher
 Erft
Ijssel
 Lenne
 Lippe, soweit nicht Gewässer
 erster Ordnung
 Niers
 Ruhr, soweit nicht Gewässer ers-
 ter Ordnung
 Rur
 Sieg von der Quelle bis zur Lan-
 desgrenze
 Weser, soweit nicht Gewässer
 erster Ordnung
 Wupper“

Emscher
 Erft
 Lenne
 Lippe, soweit nicht Gewässer erster
 Ordnung
 Niers
 Ruhr, soweit nicht Gewässer erster Ord-
 nung
 Rur
 Sieg von der Quelle bis zur Landesgren-
 ze
 Weser, soweit nicht Gewässer erster
 Ordnung
 Wupper“

Artikel 2
Änderung der Landesbauordnung

Unverändert

Die Bauordnung für das Land Nordrhein-
 Westfalen - Landesbauordnung (BauO
 NRW) - in der Fassung der Bekanntma-
 chung vom 1. März 2000 (GV. NRW.
 S.255), zuletzt geändert durch Artikel 1
 des Gesetzes vom 12. Dezember 2006
 (GV. NRW. S. 615) wird wie folgt geän-
 dert:

1. § 45 wird aufgehoben.

Artikel 3
Änderung des Landesabfallgesetzes

Unverändert

Das Abfallgesetz für das Land Nordrhein-
 Westfalen (Landesabfallgesetz - LAbfG -)
 vom 21. Juni 1988 (GV.NRW. S. 250), zu-
 letzt geändert durch Artikel 4 des Geset-
 zes vom 29. März 2007 (GV. NRW. S.
 142) wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 4 werden nach dem Wort
 „Entsorgungsträger“ ein Komma und
 die Wörter „von diesen jeweils be-
 auftragte Dritte sowie Auskunftsp-
 flichtige nach § 40 Abs. 2 KrW-
 /AbfG“ eingefügt und wird am Ende
 der Halbsatz: „soweit diese Daten
 und Informationen nicht bereits in
 anderer geeigneter Form vorliegen“
 angefügt.

2. § 4a wird aufgehoben.
3. Die Überschrift des Fünften Teils wird wie folgt gefasst:

„Fünfter Teil
Abfallwirtschaftsplanung“

4. § 16 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Abfallwirtschaftsplan im Sinne des § 29 KrW-/AbfG kann in räumlichen oder sachlichen Teilabschnitten aufgestellt werden.“

- b) Absätze 2 und 3 werden aufgehoben, Absatz 4 wird Absatz 2 (neu).

5. § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17
Aufstellung des Abfallwirtschaftsplanes

(1) Der Abfallwirtschaftsplan wird von der obersten Abfallwirtschaftsbehörde im Benehmen mit den fachlich betroffenen Ausschüssen des Landtages und im Einvernehmen mit den beteiligten Landesministerien aufgestellt und bekannt gegeben.

(2) Die oberste Abfallwirtschaftsbehörde kann sich zur Erarbeitung des Abfallwirtschaftsplans des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, der oberen Abfallwirtschaftsbehörden, des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik und geeigneter Dritter bedienen.

(3) Der Abfallwirtschaftsplan wird mit seiner Bekanntgabe Richtlinie für alle behördlichen Entscheidungen, Maßnahmen und Planungen, die für die Abfallentsorgung Bedeutung haben.“

6. § 18 wird wie folgt gefasst:

„§ 18
Verbindlichkeitserklärung des Abfallwirtschaftsplanes

(1) Die oberste Abfallwirtschaftsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Festlegungen in dem von ihr aufgestellten Abfallwirtschaftsplan ganz oder teilweise für die Beseitigungspflichtigen für verbindlich zu erklären. Sie erlässt die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit den beteiligten Landesministerien. Die Rechtsverordnung kann hinsichtlich bestimmter Abfallarten oder für einzelne Gruppen von Entsorgungspflichtigen Ausnahmen von der Verpflichtung zulassen, sich einer in dem Plan ausgewiesenen Abfallbeseitigungsanlage zu bedienen.

(2) Wer Abfälle zur Beseitigung, die außerhalb des Geltungsbereichs des verbindlichen Abfallwirtschaftsplans entstanden sind, zum Zwecke des Behandeln, Lagerns oder Ablagerns in das Plangebiet verbringen will, bedarf dazu der Genehmigung der zuständigen Behörde. Die Rechtsverordnung nach Absatz 1 bestimmt, für welche Vorgänge der Abfallbeseitigung oder für welche Abfälle es einer Genehmigung nicht bedarf.

(3) Die Genehmigung nach Absatz 2 Satz 1 darf nur versagt oder mit Bedingungen und Auflagen verbunden oder befristet erteilt werden, wenn das Wohl der Allgemeinheit es erfordert, insbesondere wenn die Ziele und Erfordernisse der Abfallwirtschaftsplanung des Landes durch eine der in Absatz 2 Satz 1 genannten Maßnahmen beeinträchtigt würden.“

7. § 19 wird aufgehoben.

8. § 24 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift werden die Worte „und Abnahme“ und in Satz 1 werden die Worte „und der Abnahme“ gestrichen.
 - b) Satz 2 wird gestrichen.
9. § 25 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Wer eine Abfallbeseitigungsanlage errichtet, betreibt oder nachsorgt, ist verpflichtet, durch eine beauftragte Stelle auf seine Kosten die Errichtung sowie die Betriebs- und Nachsorgephase der Anlage zu überwachen und im Einwirkungsbereich der Anlage anfallendes Sicker- und Oberflächenwasser und das Grundwasser sowie von der Anlage ausgehende Emissionen untersuchen und darüber Aufzeichnungen fertigen zu lassen.“
 - b) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Die oberste Abfallwirtschaftsbehörde wird ermächtigt auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 AbfAbIV, §§ 10 und 11 DepV sowie § 6 DepVerwV durch Rechtsverordnung zu regeln,

 1. welche Kontrollen, Messungen und Untersuchungen nach Absatz 1 in welchen Bereichen und in welchen Zeitabständen durchzuführen sind,
 2. dass bestimmte Kontrollen, Messungen und Untersuchungen nach Nr. 1 von staatlich anerkannten Stellen durchzuführen sind,
 3. in welchem Umfang und in welcher Form die Aufzeichnungen zu Nr. 1 und Nr. 2 sowie die Dokumentation

nach § 10 Abs. 1 und 3 und § 6 DepVerwV den in Absatz 1 genannten Behörden und Fachdienststellen regelmäßig und ohne Aufforderung vorzulegen sind.“

- c) Absatz 3 wird gestrichen; die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 3 und 4.

10. § 27a wird aufgehoben.

Artikel 4
In-Kraft-Treten

Artikel 1 bis 3 treten am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Artikel 4
In-Kraft-Treten

Artikel 1 bis 3 treten am 31. Dezember 2007 in Kraft.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/4835 - wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 23. August 2007 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz federführend sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und den Ausschuss für Bauen und Verkehr zur Mitberatung überwiesen.

1. Landeswassergesetz; Landesbauordnung

Aus Sicht der Landesregierung habe man mit dem am 3. Mai 2005 verabschiedeten Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften (GV. NRW. S. 463) insbesondere das Landeswassergesetz zahlreiche Änderungen und Ergänzungen erfahren. Der Änderungsbedarf sei insbesondere durch die zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG (EG-WRRL) im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) des Bundes aufgenommenen Regelungsaufträge veranlasst. Die 2005 getroffenen Regelungen gingen teilweise über eine 1:1 Umsetzung von EU-Recht und Bundesrecht hinaus. Sie sollten auf eine 1:1 Umsetzung zurückgeführt werden. Zudem seien zahlreiche Deregulierungen vorzunehmen.

Das Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes vom 3. Mai 2005 (BGBl. I S. 1224) enthalte zahlreiche Regelungsaufträge an die Länder, die nach § 42 WHG (vgl. Art. 1 Nr. 7 des Gesetzes) bis zum 10. Mai 2007 umzusetzen seien. Da lange Zeit unklar war, welche bundesrechtlichen Rahmenregelungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz der Bundestag verabschieden würde, seien 2005 in das Landeswassergesetz die aus Landessicht gebotenen Hochwasserschutzregelungen aufgenommen worden. Das neue Bundesrecht enthalte davon zum Teil erheblich abweichende Bestimmungen. So führe es u. a. neue Instrumente wie den Hochwasserschutzplan ein, enthalte veränderte Vorgaben für die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten sowie Verfahrens- und Kooperationsvorgaben. Das Landesrecht sei an diese Vorgaben anzupassen.

Im Rahmen des am 3. Mai 2005 verabschiedeten Gesetzes zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften seien Regelungen verändert worden, die den Bereich der öffentlichen Wasserversorgung betreffen. Um Fehlinterpretationen bei der Anwendung dieser Änderungen vorzubeugen, seien in Teilbereichen Klarstellungen erforderlich.

In die Anlage 3 zum UVPG seien die Pläne und Programme aufgenommen worden, für die eine Strategische Umweltprüfung (SUP) durchzuführen ist. Hierzu gehörten u. a. die Hochwasserschutzpläne nach § 31d WHG und die Maßnahmenprogramme nach § 36 WHG. Nach §§ 14 o und 25 Abs. 7 UVPG hätten die Länder das Verfahren für die Feststellung der SUP-Pflicht und die Durchführung der SUP zu regeln.

Die Dichtheitsprüfung von privaten Schmutzwassereinleitungen sei derzeit in § 45 der Landesbauordnung NRW geregelt. Da die Zielsetzung der Regelung vorrangig dem Gewässerschutz zuzurechnen sei, sollten diese Vorgaben in das Wasserrecht überführt werden.

Ferner gebe es einige offene Rechtsfragen, die einer Klarstellung bedürften. Zudem seien Anpassungen an neue Entwicklungen in der Rechtsprechung und im Vollzug geboten.

2. Landesabfallgesetz

Abfallwirtschaftspläne für Siedlungsabfälle würden in Nordrhein-Westfalen zurzeit noch für jeden Regierungsbezirk von der Bezirksregierung als oberer Abfallwirtschaftsbehörde aufge-

stellt. Das laufe den Bestrebungen der Landesregierung, die Verwaltung des Landes zu verschlanken und Kompetenzen zu entflechten, zuwider. Aufgrund des geänderten untergesetzlichen Regelwerks des Bundes zu Deponien sei im Landesabfallgesetz die Ermächtigungsgrundlage für die Deponieselbstüberwachungsverordnung (DepSüVO) vom 2. April 1998 lückenhaft geworden.

3. Privatisierung der Abwasserbeseitigung

Der Gesetzentwurf (Änderung des Landeswassergesetzes) enthalte keine Regelungen zur Privatisierung der gemeindlichen Abwasserbeseitigung. Die Landesregierung werde hier noch eine differenzierte Gesetzesfolgenabschätzung in Auftrag geben, die insbesondere die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen einer umsatzsteuerrechtlichen Gleichstellung der hoheitlichen Tätigkeit von Körperschaften des öffentlichen Rechts mit der Tätigkeit von privaten Unternehmen im Bereich der Abwasserbeseitigung untersuchen sollen.

Sollten sich die Rahmenbedingungen zur steuerlichen Gleichbehandlung privater und öffentlich-rechtlicher Unternehmen auf Bundes- oder EU-Ebene ändern, soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Gesetzesfolgenabschätzung über die Aufnahme einer gesetzlichen Option zu Privatisierungen in der Abwasserwirtschaft (einschließlich der erforderlichen Durchführungsverordnung) durch eine weitere Gesetzesnovelle endgültig und abschließend entschieden werden.

Das Landeswassergesetz, die Landesbauordnung und das Landesabfallgesetz seien daher zu ändern bzw. zu ergänzen, um den angeführten Regelungsbedürfnissen Rechnung zu tragen.

1. Landeswassergesetz, Landesbauordnung

Es habe sich herausgestellt, dass einige Regelungen, die Gegenstand der letzten Novelle des Landeswassergesetzes waren, entfallen könnten bzw. als Schnittstellenregelungen zum besseren Verständnis anzupassen seien. Entfallen könnten einzelne Regelungen in § 2d (Maßnahmenprogramm), § 14 (Wasserschutzgebiete) und § 30 vollständig; zu ändern seien die im Zusammenhang stehenden Regelungen des § 25a (gehobene Erlaubnis) und des § 31a (Nutzung der Wasserkraft), die Regelung des § 90a (Gewässerrandstreifen) sowie die Regelung des § 105 (Talsperren). Für bestimmte Erdwärmepumpen (§ 44 neu) sowie Anlagen in und an Gewässern (§ 99) solle es verfahrensmäßige Vereinfachungen geben.

Die Regelungen des vorsorgenden Hochwasserschutzes seien an die Änderungen des WHG durch das Hochwasserartikelgesetz anzupassen. Daher würden die unmittelbar geltenden Regelungen des Hochwasserartikelgesetzes wiederholt (§ 113 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2, § 113 Abs. 4, § 113a). In der Regel verzichte der Landesgesetzgeber Nordrhein-Westfalen im Wasserrecht zwar auf eine Wiederholung bundesrechtlicher Vorschriften. Im vorliegenden Fall sei die Wiederholung aber notwendig, um einen geschlossenen Regelungskomplex zu erhalten. Außerdem würden die Regelungsaufträge umgesetzt, indem entweder die erforderlichen Regelungen im Gesetz getroffen werden oder klargestellt wird, dass eine Regelung auf Verwaltungsebene getroffen wird (§ 112 Abs. 1 Satz 1 bis 2, Abs. 2, Abs. 4, § 113 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2 Satz 3, § 113 Abs. 5 und 6, §§ 114a, 114b, 114c, 114d). Zudem würden zur Ausfüllung der rahmengesetzlichen Vorgaben und der Regelungsaufträge einige der bisherigen landesrechtlichen Regelungen angesichts der Vorgaben des Hochwasserartikelgesetzes modifiziert beibehalten (§ 112 Abs. 1 Satz 3 und 4, Abs. 3, Abs. 5, § 113 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3; § 113 Abs. 1 Satz 2 und 3, § 113 Abs. 2 Satz 2, § 113 Abs. 7, § 114) und einige zum vorsorgenden Hochwasserschutz erforderliche Bestimmungen ergänzt (§ 112 Abs. 1 Satz 5; § 113 Abs. 2 Satz 5 und 6, § 113 Abs. 3).

Die notwendigen landesrechtlichen Regelungen des Verfahrens für die Feststellung der SUP-Pflicht und die Durchführung der SUP würden in §§ 2h und 114b Abs. 2 (Artikel 1) getroffen.

Die Bestimmungen über die öffentliche Wasserversorgung sollten geändert werden. Bei der Zulassungsregelung des § 47 werde festgelegt, dass eine Nachweisführung für rohwasserrelevante Stoffe unabhängig von der Art des Wasserkörpers, aus dem das Wasser entnommen werde, zu erfolgen habe. Die in § 47a Abs. 2 festgelegten Darstellungspflichten der Wasserversorger entfielen. Auf die Verordnungsermächtigung in § 48 Abs. 2, der die oberste Wasserbehörde ermächtigt, den Stand der Technik für Rohwasseraufbereitungsanlagen festzulegen, werde verzichtet. Verzichtet werde auch auf die Verpflichtung zur Erstellung eines Wasserversorgungskonzeptes in § 50a. Im Hinblick auf die wasserwirtschaftliche und politische Bedeutung der öffentlichen Wasserversorgung werde als angemessenes Instrument zur Darstellung der Versorgungssituation die Verpflichtung der obersten Wasserbehörde zur Erstellung eines Wasserversorgungsberichtes eingeführt.

Die Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen werde vom Bauordnungsrecht in das Landeswassergesetz überführt. Mit § 61a würden die maßgeblichen Regelungen mit Modifizierungen übernommen. Die Gemeinden als Abwasserbeseitigungspflichtige sollten stärker auf die rechtzeitige Durchführung der Dichtheitsprüfung Einfluss nehmen. Das Nichtbeachten von Fristen solle mit Bußgeld belegt werden.

Die Änderungen der §§ 1, 33, 34 und 36 seien auf die wasserrechtlichen Zielsetzungen anzupassen. Für einen ordnungsgemäßen Vollzug der Abwasserabgabe seien Vorgaben für die Anwendung des Verdünnungsverbotessowie für die Verrechnung aufzunehmen. Außerdem würde die Gewässerordnung verändert.

2. Landesabfallgesetz

Im Landesabfallgesetz würden die Regelungen zur Abfallwirtschaftsplanung dahingehend angepasst, dass künftig nur noch ein landesweiter Abfallwirtschaftsplan von der obersten Abfallwirtschaftsbehörde aufgestellt werde.

Die Ermächtigungsgrundlage zum Erlass der Deponieselbstüberwachungsverordnung und damit in Zusammenhang stehende Vorschriften werde entsprechend angepasst.

Frage der Kosten

1. Landeswassergesetz, Landesbauordnung

Die Umsetzung des Hochwasserartikelgesetzes werde im Bereich des vorsorgenden Hochwasserschutzes zu Mehrkosten beim Land führen. Die Kosten für die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten würden sich durch die Zeitvorgaben auf die nächsten 6 Jahre verdichten. Außerdem erhöhe sich der Verwaltungsaufwand durch die erhöhten Anforderungen an die Öffentlichkeitsbeteiligung. Der bisherige Planungsstand für die zukünftig festzusetzenden Überschwemmungsgebiete vor Erlass des Hochwasserartikelgesetzes bleibe unverändert. Die Kosten für die Erarbeitung von Hochwasserschutzplänen würden sich um ca. 1 Mio. € erhöhen, weil nach der Regelung des § 31c WHG einige Gewässer mehr betrachtet werden müssten, als nach bisheriger Landespraxis. Dazu komme der erhöhte Verwaltungsaufwand für die Durchführung des Verfahrens mit Strategischer Umweltprüfung. Die Verwaltungskosten für die Durchführung der Genehmigungs- und Befreiungsverfahren erhöhten sich ebenfalls, weil das Hochwasserartikelgesetz anders als das bisherige Landesrecht eine Festsetzung der Überschwemmungsgebiete auch im bebauten oder beplanten Bereich fordere und damit die Fläche erweitere, auf der das Genehmigungs- oder Befreiungserfordernis gelte. Die Erhöhung der Verwaltungskosten bei der Festsetzung der Überschwemmungsgebiete, der Genehmigungs- und Befreiungsverfahren und der Erarbeitung der Hochwasser-

schutzpläne bewirke aber nicht dieses Gesetz, sondern das Hochwasserartikelgesetz bzw. das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Für den Hochwasserwarn- und Meldedienst werde das Land voraussichtlich 250.000 € pro Jahr mehr ausgeben müssen, als nach bisherigem Standard. Diese Leistung hätte allerdings auch unabhängig vom Hochwasserartikelgesetz nach den Erfahrungen der letzten Hochwässer insbesondere in den neuen Bundesländern erbracht werden müssen. Die o.a. Mehrkosten seien bereits im Hochwasserschutzkonzept bis 2015 berücksichtigt worden.

Da die Novelle des Landeswassergesetzes teilweise im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform stehe, sei davon auszugehen, dass die dort zu erwartenden Synergieeffekte insoweit zu Entlastungen des Landeshaushalts führen werden. Geringfügige Entlastungen würden auch durch Deregulierungen eintreten (z.B. Wegfall von § 2d, § 18 Abs. 1, § 30, § 47a, § 48 Abs. 2; Änderung des § 50a und § 59a; Neueinführung eines Anzeigeverfahrens für Erdwärmepumpen in § 44 –neu-).

Hinsichtlich der übrigen Regelungen seien keine zusätzlichen Kosten für das Land zu erwarten.

2. Landesabfallgesetz

Auch in diesem Bereich seien für das Land weder zusätzliche Kosten durch die Änderung der Regelungen zur Abfallwirtschaftsplanung noch durch die Anpassung der Ermächtigungsgrundlage für die Deponieselbstüberwachungsverordnung zu erwarten. Die mit der Verlagerung und Straffung der Abfallwirtschaftsplanung verbundenen Synergieeffekte ließen Einsparungen im Personal der Landesverwaltung erwarten.

Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Kreise und kreisfreien Städte

1. Landeswassergesetz, Landesbauordnung

Regelungen zum vorsorgenden Hochwasserschutz könnten Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung und hier insbesondere auf die Bauleitplanung haben. Diese seien allerdings nicht durch die jetzigen Änderungen im Landeswassergesetz veranlasst, sondern durch das Hochwasserartikelgesetz.

Auswirkungen auf die Finanzlage der Kreise und kreisfreien Städte seien nicht zu erwarten. Bei der Regelung des Hochwassermelde- und Warndienstes solle auf bestehende Strukturen zurückgegriffen werden.

2. Landesabfallgesetz

Die Änderung des Landesabfallgesetzes habe weder Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung noch Auswirkungen auf die Finanzlage der Kreise und kreisfreien Städte.

Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte

1. Landeswassergesetz, Landesbauordnung

Auf Wirtschaft und Verbraucher könnten erhöhte Kosten bei neuen Anlagen und anderen Vorhaben im Überschwemmungsgebiet zukommen, wenn sie dem Gewässer Rückhaltevolumen entzögen. Soweit die Regelungen Anlagen betreffen, seien die neuen Kosten bereits durch das Hochwasserartikelgesetz entstanden, das insoweit unmittelbar gelte (§ 31b Abs. 4 Sätze 3 und 4 WHG). Bei anderen Vorhaben, die seltener seien als der Bau und die Änderung von Anlagen, verlange das Hochwasserartikelgesetz, dass anstelle des bisherigen lan-

desrechtlichen Verbots solcher Vorhaben eine Genehmigungspflicht für diese Vorhaben eingeführt werde. Diese sei mit einer Ausgleichspflicht verbunden. Daher seien Wirtschaft und Verbraucher zwar weniger belastet, weil ihre Handlungsfreiheit im Vergleich zur vorherigen Gesetzeslage weniger eingeschränkt werde; es fielen jedoch die Kosten für einen Ausgleich an. Das Hochwasserartikelgesetz könne allerdings unmittelbar ohne landesrechtliche Regelung darüber hinaus die Kosten für Wirtschaft und Verbraucher erhöhen, weil es anders als das bisherige Landesrecht eine Festsetzung der Überschwemmungsgebiete auch im bebauten oder beplanten Bereich fordere und damit die Fläche erweitere, auf der die Genehmigungspflicht und damit auch die Ausgleichspflicht gelte. Eine Schätzung dieser Kosten sei nicht möglich. Es komme im Übrigen auf die konkrete örtliche Situation an. Die Überführung der Dichtheitsprüfung in das Landeswassergesetz verursache keine neuen Kosten, da die Prüfpflicht nicht verändert worden sei.

Hinsichtlich der übrigen Regelungen seien keine finanziellen Auswirkungen auf die Unternehmen und privaten Haushalte zu erwarten.

2. Landesabfallgesetz

Die Änderung des Landesabfallgesetzes habe keine finanziellen Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte.

Befristung

Sowohl das Landeswassergesetz (§ 172) als auch das Landesabfallgesetz (§ 47) sähen eine Berichtspflicht vor. Diese blieben unverändert. Damit sei dem Befristungserfordernis entsprochen.

B Beratungsergebnis

Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat am 8. Oktober 2007 zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/4835 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen nach § 56 der Geschäftsordnung des Landtags durchgeführt, an der Vertreterinnen und Vertreter der folgenden Verbände und Institutionen sowie Experten teilgenommen haben; die einzelnen Stellungnahmen wurden durch Zuschriften ergänzt.

Institution	Redner/in	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen	Dr. Peter Queitsch	14/1486
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen		
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	Dr. Dörte Diemert	14/1491
Arbeitsgemeinschaft der Wasserwirtschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen (agw)	Dr. Ulrich Oehmichen	14/1481
	Dr. Winfried Haneklaus (Ruhrverband)	
Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. Landesgruppe Nordrhein-Westfalen	Dr. Wolfgang Rienen	14/1527

Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) Landesgruppe Nordrhein-Westfalen	Andreas Seifert	14/1485
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Landesvertretung NRW	Dr. Hans-Ulrich Hög	14/1483
Verband der Chemischen Industrie e. V. Landesverband Nordrhein-Westfalen		14/1484
Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen e. V.	Max Freiherr von Elverfeldt	14/1487
Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V.	Dr. Wolfgang Willmann	14/1492
Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband	Hans-Jürgen Kleimann	14/1488
	Dr. Matthias Quas	
Rheinischer Landwirtschaftsverband e. V.	Dr. Bernd Lüttgens	
REMONDIS Aqua GmbH & Co. KG	Andreas Bankamp	
Gelsenwasser AG	Ulrich Peterwitz	
Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.	Ulrike Schell	
Landesbüro der Naturschutzverbände NRW: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband NRW e. V. (BUND NRW) Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e. V. (LNU NRW) Naturschutzbund Deutschland Landesverband NRW e. V. (NABU NRW)	Paul Kröfges Dr. Christoph Aschemeier (Wassernetz NRW)	14/1493
Angelika Steindor Hochwasserschutzverband Niederrhein e. V.		14/1496

Prof. Dr.-Ing. Johannes Pinnekamp Institut für Siedlungswasserwirtschaft der RWTH Aachen		14/1494
Prof. Dr. Martin Exner Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der Universität Bonn		14/1482

Weitere Stellungnahmen:

Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management GmbH	14/1473
Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH	14/1474
H.-Peter Feldmann, Xanten	14/1475
Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft	14/1478
Fachbüro der Abwassertechnik und Kanalsanierungs-Management	14/1480
Grundbesitzerverband Nordrhein-Westfalen e. V.	14/1490
Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen	14/1495
Interessengemeinschaft Wassernutzung NRW	14/1497

Dokumentiert wird die Anhörung mit dem **Ausschussprotokoll 14/495**.

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 11. Oktober 2007 beraten und beschlossen, kein Votum abzugeben.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat ebenfalls kein Votum abgegeben.

In seiner Sitzung am 28. November 2007 hat der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/4835 - abschließend beraten. Dabei wurden von den Fraktionen von CDU und FDP folgende Änderungsanträge gestellt:

"I. Zu Artikel 1 (Änderung des Landeswassergesetzes)

1. Zu § 2 Abs. 1 (Aufgabe der Wasserwirtschaft, Bewirtschaftungsgrundsätze und -ziele)

In Artikel 1 Ziffer 3 wird an § 2 Abs. 1 der folgende neue Satz 2 angefügt:

"Ein ordnungsgemäßer Wasserabfluss ist sicherzustellen."

Begründung:

Entscheidend bei der Gewässerunterhaltung ist für das Wohl der Allgemeinheit und für den Nutzen Einzelner die Sicherstellung des ordnungsgemäßen Wasserabflusses. Der Ergänzungsvorschlag dient der Konkretisierung dieses Ziels im Sinne des § 2 Abs. 1 LWG.

2. Zu § 3 Abs. 1 Satz 2 (Einleitung der Gewässer, Begriffsbestimmungen)

In Artikel 1 Ziffer 8 wird § 3 Abs. 1 Satz 2 wie folgt gefasst:

"Anlagen zur Ableitung von Abwasser und gesammelten Niederschlagswasser sowie

zur Straßenentwässerung gewidmete Seitengräben (Straßenseitengräben) sind nicht Gewässer."

Begründung:

Die Klarstellung ist erforderlich, weil die heutige Regelung des § 1 Abs. 2 LWG dazu geführt hat, dass Straßenseitengräben in der Praxis regelmäßig zum Gewässer bestimmt werden, da Niederschlagwasser oder sonstiges Wasser gerade in Berg- und Talregionen von privaten Grundstückseigentümern in die Straßenseitengräben eingeleitet wird oder gelangt. Durch die Klarstellung des Status von Gewässergräben wird u. a. ein Wechsel der Verantwortlichkeit ausgeschlossen.

3. Zu § 31a (Nutzung der Wasserkraft)

In Artikel 1 Ziffer 18 wird an § 31a Abs. 3 der folgende neue Satz 3 angefügt:

"Die Erlaubnis ist mindestens für 25 Jahre, längstens für 40 Jahre zu erteilen."

Begründung:

Erlaubnisse für Wasserkraftanlagen sollten im Hinblick auf die klimafreundliche Energieerzeugung für mindestens 25 Jahre erteilt werden. Längere Zulassungszeiträume als 40 Jahre sind im Hinblick die Bewirtschaftung der Gewässer nicht gerechtfertigt.

4. Zu § 44 (Zulassung von Erdwärmepumpen im vereinfachten Verfahren)

Artikel 1 Ziffer 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

"(1) Für das Entnehmen, Zutage leiten, Zutage fördern oder Ableiten von oberflächennahem Grundwasser oder eine Benutzung des Grundwassers nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 WHG für thermische Nutzungen bis einschließlich 50 kJ/s und Wiedereinleiten des in seiner Beschaffenheit nicht weiter veränderten Wassers in das oberflächennahe Grundwasser gilt die Erlaubnis für 25 Jahre als erteilt, wenn die zuständige Behörde sie nicht binnen drei Monaten nach Eingang des Antrags versagt. Anstelle der Versagung kann die zuständige Behörde eine Erlaubnis erteilen und hierin Nebenbestimmungen nach § 24 Abs. 2 aufnehmen."

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

"(2) Dem Antrag sind Bescheinigungen eines qualifizierten Unternehmens über die Auswirkungen der Benutzung sowie über die ordnungsgemäße Errichtung der ihr dienenden Anlagen beizufügen. Die oberste Wasserbehörde ist ermächtigt, durch Verwaltungsvorschrift Anforderungen an die Qualifikation des Unternehmens und der vorzulegenden Unterlagen festzulegen."

Begründung:

Zu a)

Die Anhebung der Gültigkeitsdauer der Erlaubnis auf 25 Jahre ist angemessen. Diese Frist lehnt sich an die Mindestfrist gemäß dem Antrag Nr. 3 zur Änderung des § 31a Abs. 3 an. Die Anfügung des Satzes 2 macht deutlich, dass im vereinfachten Verfahren nicht nur eine Erlaubnisfiktion in Betracht kommt, sondern auch eine reguläre Erlaubniserteilung möglich ist und diese mit Nebenbestimmungen nach § 24 Abs. 2 versehen werden kann.

Zu b)

Der in der vorliegenden Fassung der Novelle verlangte Nachweis der Allgemeinwohlverträglichkeit ist zu weitgehend. Das Allgemeinwohl hat die zuständige Wasserbehörde zu prüfen. Anstelle eines Sachverständigennachweises sind Bescheinigungen eines qualifizierten Unternehmens beizufügen. Um für die Praxis die Nachweisanforderungen für das vereinfachte Verfahren zu vereinheitlichen, erscheint eine Erlassermächtigung geboten.

5. Zu § 53 (Pflicht zur Abwasserbeseitigung)

Artikel 1 Ziffer 28 wird wie folgt geändert:

a) *In § 53 Abs. 1 Satz 2 wird Nr. 6 nicht aufgehoben.*

b) *§ 53 Abs. 1a Satz 7 wird wie folgt gefasst:*

"Das Abwasserbeseitigungskonzept ist grundsätzlich innerhalb einer Frist von drei Monaten zu prüfen; wird es nach sechs Monaten nicht beanstandet, kann die Gemeinde davon ausgehen, dass mit der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen in dem dafür von der Gemeinde vorgesehenen zeitlichen Rahmen die Aufgaben nach § 53 LWG ordnungsgemäß erfüllt werden."

c) *In § 53 wird folgender Abs. 1d neu eingefügt:*

"Ist die Einrichtung einer Kanalisation nicht gerechtfertigt, weil sie entweder keinen Nutzen für die Umwelt mit sich bringen würde oder mit übermäßigen Kosten verbunden wäre, so sind andere geeignete kostengünstigere gemeinsame Abwassersysteme zulässig, die das gleiche Umweltschutzniveau gewährleisten."

Begründung:

Zu a)

Die Zuständigkeit der Gemeinden für die Überwachung der Kleinkläranlagen im Außenbereich im Rahmen ihrer allgemeinen Abwasserbeseitigungspflicht ist weiterhin sinnvoll.

Zu b)

Es liegt im Interesse der Gemeinden, möglichst frühzeitig eine Aussage der Wasserbehörde zu erhalten, ob die von der Gemeinde vorgesehenen Maßnahmen mit den wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen der Wasserbehörden übereinstimmen. Die Prüfung sollte grundsätzlich innerhalb einer Frist von drei Monaten erfolgen.

Zu c)

Bei unverhältnismäßig hohem Aufwand soll die Zulassung gemeinsamer Abwassersysteme in bebauten Gebieten möglich sein. Den Kommunen soll die Entscheidungsfreiheit ermöglicht werden, andere geeignete kostengünstigere gemeinsame Abwasserbeseitigungssysteme mit gleichem Umweltschutzniveau zu lassen zu können, wenn die Einrichtung einer Kanalisation durch übermäßige Kosten oder geringeren Nutzen für die Umwelt nicht gerechtfertigt ist.

6. Zu § 61a (Private Abwasseranlagen)

In Artikel I Ziffer 33 wird § 61a Abs. 3 wie folgt gefasst:

"(3) Der Eigentümer eines Grundstücks hat im Erdreich oder unzugänglich verlegte Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser seines Grundstücks nach der Errichtung von Sachkundigen auf Dichtheit prüfen zu lassen. Eigentümer anderer Grundstücke, in denen diese Leitungen verlaufen, haben die Prüfung der Dichtheit und damit einhergehende Maßnahmen zu dulden. Ausgenommen sind Abwasserleitungen zur getrennten Beseitigung von Niederschlagswasser und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird. Über das Ergebnis der Dichtheitsprüfung ist eine Bescheinigung zu fertigen. Die Bescheinigung hat der nach Satz 1 Pflichtige aufzubewahren und der Gemeinde auf Verlangen vorzulegen. Die Dichtheitsprüfung ist in Abständen von höchstens zwanzig Jahren zu wiederholen."

Begründung:

Mit der Änderung wird die Pflicht zur Dichtheitsprüfung dem Eigentümer des Grundstücks zugewiesen, auf dem das Abwasser anfällt. Damit ist nicht mehr auch der Grundstückseigentümer verpflichtet, durch dessen Grundstück lediglich eine Abwasserleitung verläuft, die er selbst aber gar nicht nutzt. Die Vorlagepflicht auf Verlangen soll nur für die Gemeinde bestehen.

7. Zu § 69 Abs. 8 (Ermitteln auf Grund des wasserrechtlichen Bescheides)

In Artikel 1 Ziffer 35 wird § 69 Abs. 8 gestrichen.

Begründung:

Die Regelung benachteiligt den ländlichen Raum, insbesondere Regionen mit Berg-, Tal- und Hanglagen. Die beabsichtigte Verbesserung der Abwasserreinigung wird nicht erreicht. Die Kosten zur Erreichung der vorgeschriebenen Grenzwerte führen zu stark steigenden Abwassergebühren im ländlichen Raum.

8. Zu § 66 (Ausnahmen von der Abgabepflicht)

In Artikel I Ziffer 34 wird nach § 66 Abs. 10 folgender Absatz 11 angefügt:

"(11) Einem gewerblichen Mitglied eines Abwasserverbandes, dem durch wasserbehördliche Entscheidung Abwasserbeseitigungspflichten des Verbandes oder einer Mitgliedsgemeinde zur gemeinsamen oder alleinigen Aufgabenwahrnehmung übertragen worden sind, kann unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 3 und 4 des Abwasserabgabengesetzes die Aufwendungen verrechnen, die dem Abwasserverband oder der Mitgliedsgemeinde entstanden sind. Absatz 8 Satz 2 gilt entsprechend."

Begründung:

Die Regelung berücksichtigt, dass es in der Praxis Fallkonstellationen gibt, bei denen ein gewerbliches Mitglied eines Abwasserverbandes Aufgaben der öffentlichen Abwasserbeseitigung wahrnimmt. Es wird klargestellt, dass eine Verrechnung von Aufwendungen möglich ist, wenn die Pflichten durch wasserbehördliche Entscheidung dem gewerblichen Verbandsmitglied übertragen worden sind. Der Verweis auf Absatz 8 Satz 2 stellt sicher, dass die verrechneten Beträge unmittelbar an denjenigen zurückzuführen sind, der die Aufwendungen gehabt hat.

9. Zu § 90 (Gewässerunterhaltung, Gewässerrandstreifen)

In Artikel 1 wird § 90 werden die Sätze 1 und 2 wie folgt gefasst:

"Die Gewässerunterhaltung nach § 28 WHG umfasst die Sicherung des ordnungsgemäßen Wasserabflusses sowie die freie Haltung und den Schutz des Gewässerbettes einschließlich der Ufer. Ufer sind vor Abbrüchen zu schützen; bei Uferabbrüchen soll der ursprüngliche Zustand unter Beachtung der Ziele des § 2 wiederhergestellt werden."

Begründung:

Uferabbrüche können die Nutzung angrenzender Grundstücke in Ihrer Bewirtschaftung einschränken. Unter Beachtung der Grundsätze und der Bewirtschaftungsziele des § 2 soll der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden.

10. Zu § 161 (Bußgeldvorschriften)

In Artikel I Ziffer 56 wird die Nr. 12a wie folgt gefasst:

"12a entgegen § 57 Abs. 3 seiner Verpflichtung hinsichtlich der Unterhaltung und des Personals nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt,"

Begründung:

Dient der Klarstellung des Gewollten.

11. Zu Anlage 2 zu § 3 Abs. 1 Nr. 1

In Artikel 1 wird Ziffer 57 b) wie folgt gefasst:

"b) Nach Nummer II wird hinter den Wörtern „in Nordrhein-Westfalen liegenden Strecken“ ein neuer Absatz gebildet und folgendes neu angefügt:

*B Gewässer zweiter Ordnung
 Agger
 Ems, soweit nicht Gewässer erster Ordnung
 Emscher
 Erft
 Lenne
 Lippe, soweit nicht Gewässer erster Ordnung
 Niers
 Ruhr, soweit nicht Gewässer erster Ordnung
 Rur
 Sieg von der Quelle bis zur Landesgrenze
 Weser, soweit nicht Gewässer erster Ordnung
 Wupper"*

Begründung:

Berkel und Ijssel sind aus der Liste der Gewässer zweiter Ordnung zu streichen, da sie die vereinbarte Abgrenzung (80 km Gewässerslänge) unterschreiten.

II. Zu Artikel 4

In Artikel 4 wird das Inkrafttreten wie folgt gefasst:

"Artikel 1 bis 3 treten am 31. Dezember 2007 in Kraft."

Begründung:

Einige der Regelungen des zu ändernden Landeswassergesetzes (Artikel 1) sind mit dem Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts verzahnt. Dies sind die Regelungen über die neue Gewässerordnung, die wiederum Anknüpfungspunkt für die Artikel 15 des vorgenannten Gesetzes sind. Die wasserrechtlichen Regelungen müssen daher vor dem Inkrafttreten des Kommunalisierungsgesetzes liegen, welches das Inkrafttreten zum 1. Januar 2008 vorsieht. Zudem würden durch die in Artikel 1 vorgesehene Aufhebung des § 30 Gewässerbenutzer gezwungen, nicht ausgeübte Rechte bis zum 31. Dezember 2007 der Wasserbehörde anzuzeigen, damit diese nicht Kraft Gesetzes verfallen. Das Inkrafttreten zum 31. Dezember 2007 sollte für alle Artikel des Gesetzentwurfes gelten."

Alle Änderungsanträge wurden en bloc zur Abstimmung gestellt und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der SPD-Fraktion angenommen.

C Schlussabstimmung

In der sich anschließenden Schlussabstimmung wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/4835 - mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der SPD-Fraktion in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung angenommen.

Marie-Luise Fasse
(Vorsitzende)